

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 773

Mittwoch, 15. Februar 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ausschluss von Cabrera/Rodas von den Wahlen: Reaktionen national und international.....	1
Was (linke) Politiker*innen in der EU sagen.....	1
Der Ausschluss der MLP ist ein Putsch.....	2
Was internationale Medien sagen.....	3
02.02.2023: TSE lehnt den Einspruch der MLP ab.....	4
MLP geht den rechtsstaatlichen Weg und droht massive Proteste an.....	4
Kommentar von Adrian Zapata in La Hora.....	4
Kommentar von Víctor Ferrigno F. in La Hora.....	5

Ausschluss von Cabrera/Rodas von den Wahlen: Reaktionen national und international

Guatemala/Brüssel, 8. Februar - Am 2. Februar bestätigte das Oberste Wahlgericht (TSE) seine Entscheidung, die Registrierung des Präsidentschaftskandidaten der Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP) unter der Leitung von Thelma Cabrera und Jordán Rodas abzulehnen. Diese Massnahme wurde von der internationalen Gemeinschaft als ein schwerer Angriff auf die Demokratie in Guatemala bezeichnet. Der Analyst und Politikwissenschaftler Daniel Zovatto bezeichnete die Entscheidung der TSE als "Wahlputsch".

Der Oberste Gerichtshof (CSJ) teilte am Dienstag (07.02.) der MLP mit, dass er die Berufung der Gruppe gegen die Entscheidung des Plenums der Richter des TSE, die Eintragung der Präsidentschaftskandidatur von Thelma Cabrera und Jordán Rodas abzulehnen, zur Bearbeitung zugelassen hat. Rodas gab die Entschliessung des CSJ über Twitter bekannt, begleitet von der Nachricht: "Die TSE hat 48 Stunden Zeit, um einen detaillierten Bericht zu schicken. #GolpeElectoral". Aus dem vom Vizepräsidentschaftskandidaten geposteten Bild des Dokuments geht hervor, dass der Gerichtshof "einschlägige Begründungen und eine Kopie der angefochtenen Resolution" verlangt.

Die MLP hatte gewarnt, dass sie im Falle einer Ablehnung des Einspruchs vor das Verfassungsgericht und im Falle einer Ablehnung dort vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen würde, da die politischen Rechte der Parteimitglieder verletzt würden.

Seit dem 6. Januar dieses Jahres wird Jordáns Kandidatur behindert, nachdem sein Nachfolger im Amt des Ombudsmanns für Menschenrechte, José Alejandro Córdova, eine Klage wegen möglicher Pflichtverletzung eingereicht hat. Das Verfahren ist jedoch noch nicht abgeschlossen [*s. ausführlich Fijate! 772, d.Red.*]. (Prensa Comunitaria)

Was (linke) Politiker*innen in der EU sagen

In diesem Zusammenhang richtete die linke spanische Partei Podemos ein Schreiben an die Europäische Union, insbesondere an deren Hohe Vertreterin für Aussen- und Sicherheitspolitik, in dem sie diese aufforderte, auf die Entscheidung des TSE zu reagieren, die Registrierung des Präsidentschaftskandidaten der MLP zu verweigern und zu behindern.

Nach Ansicht von Idoia Villanueva Ruíz vom Europäischen Parlament verhindert die Entscheidung ungerechtfertigt, dass Cabrera als Maya-Aktivistin und Rodas als ehemaliger Menschenrechts-Ombudsmann an den Wahlen teilnehmen. Die Fragen, die die Abgeordneten dem EU-Gremium gestellt haben, lauten: Welche Massnahmen ergreift die Hohe Vertreterin, um die Tatsachen anzuprangern; wurde diese Anprangerung den Behörden des Landes gegenüber zum Ausdruck gebracht; welche Massnahmen wird sie ergreifen, um die freie Teilnahme der Kandidat*innen an den bevorstehenden Wahlen zu fördern, zur freien und fairen Teilnahme der Bürger*innen des Landes an den Wahlen und damit zu einem Wahlprozess mit allen demokratischen Garantien beizutragen?

Die Blockade der Teilnahme der MLP sei darauf zurückzuführen, dass ihre Kandidat*innen die derzeitige Regierung kritisiert haben, heisst es in dem Schreiben von Podemos. Auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission

(IACHR) habe vor der Verschlechterung der Menschenrechtslage in Guatemala gewarnt.

Auch die Europäische Linkspartei meldete sich zu Wort und bezeichnete das Vorgehen der TSE als "einen schweren Angriff auf die Demokratie in Guatemala". Dieses Urteil sei eindeutig ein politisch motivierter Akt, der darauf abziele, die freie Meinungsäußerung des guatemaltekischen Volkes durch die Wahl zu verhindern. Sie sei Teil der Strategie der derzeit an der Macht befindlichen Gruppen, den Staat weiter zu vereinnahmen, um ihre Politik der Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen, die Ausplünderung der öffentlichen und natürlichen Ressourcen und die Ausbeutung und Marginalisierung der Volksschichten fortzusetzen", heisst es auf ihrer Website. Die Parteivertreter*innen weisen des Weiteren darauf hin, dass die Mächtigen in dem Land dafür verantwortlich seien, indigene Autoritäten, Journalist*innen, Menschenrechtsaktivist*innen und Richter*innen zu bedrohen und (strafrechtlich) zu verfolgen.

Progressive International, ein Dachverband progressiver Bewegungen auf der ganzen Welt, bezeichnete die Entscheidung des TSE und der Registratur ebenfalls als "einen eklatanten Akt der Illegalität".

In einem Interview mit Prensa Comunitaria nannte der Politikwissenschaftler und Jurist Daniel Zovatto die Entscheidung des TSE einen "Wahlputsch", weil das Wahlgremium willkürlich entschieden habe, wer an dem Prozess teilnehmen dürfe und wer nicht. Durch die falsche Auslegung der rechtlichen Verfahren versuche es, Cabrera und Rodas aus dem Wahlprozess zu drängen (s. [Experto internacional califica de "golpe electoral" la exclusión del MLP](#)) (Prensa Comunitaria)

Der Ausschluss der MLP ist ein Putsch

[Hier ein paar Ausschnitte aus diesem Interview mit dem Politologen und Jurist Daniel Zovatto, der seit den 1980er Jahren die Wahlprozesse in Guatemala beobachtet, d. Red.]

Sie sprechen von einem Wahlputsch, da der MLP die Zulassung verweigert wird. Was meinen Sie damit?

Zunächst einmal ist es sehr wichtig zu berücksichtigen, dass die Hauptaufgabe des Wahlgerichts darin besteht, seine Arbeit mit dem Ziel durchzuführen, einen Prozess zu gewährleisten, der alle Garantien in Bezug auf die Integrität der Wahlen bietet, damit das daraus resultierende Ergebnis glaubwürdig und legitim ist. In diesem Rahmen muss eine Wahlbehörde die volle Ausübung der politischen Rechte gewährleisten.

Genau das hat das Wahlgericht im Fall der MLP nicht getan. Sie hat willkürlich nach einem administrativen Vorwand mit restriktivem Charakter gesucht, um zwei Personen wie Thelma Cabrera und Jordán Rodas, die ihrerseits einen hohen Bekanntheitsgrad und ein über ihre politische Position hinausgehendes Prestige geniessen, die Eintragung als Kandidat*innen zu verweigern.

Ich spreche von einem Wahlputsch, weil das TSE, ähnlich wie andere Wahlbehörden in der jüngeren Vergangenheit, z. B. in Nicaragua oder Venezuela, das Wahlgremium willkürlich eingesetzt hat, um zu entscheiden, wem sie die Teilnahme am Prozess erlauben und wem sie die Tür verschliessen. Auf diese Weise, unter einer Art falschem juristischem Gewand, indem man sagt, dass diese Entscheidung auf einer Auslegung des Gesetzes beruht, indem man sagt: "Wenn Sie nicht einverstanden sind, können Sie alle Rechtsmittel einlegen", wird den Bürger*innen, die alle ihre Rechte geniessen, untersagt, diese politischen Rechte auszuüben und sich an der Präsidentschaftswahl zu beteiligen.

Wenn das Gericht rechtliche Verfahren missbraucht, um willkürlich und unrechtmässig diejenigen auszuschliessen, die in der Lage sind, sich am Wettbewerb zu beteiligen, handelt es sich um einen Wahlputsch, um dafür zu sorgen, dass ein Teil der Bevölkerung ohne Vertretung bleibt. Wenn diese Entscheidung nicht rückgängig gemacht wird und Thelma und Jordán nicht an den Wahlen teilnehmen dürfen, wird dies einen Sündenfall darstellen, der die Glaubwürdigkeit und Legitimität des gesamten Wahlprozesses gefährdet und beeinträchtigt.

Wir haben dies in Nicaragua gesehen, wo der Diktator politische Gegner inhaftiert, und auch in Venezuela, wo Kandidat*innen inhaftiert und an der Teilnahme und am Wettbewerb gehindert wurden. Beide Wahlen wurden von der internationalen Gemeinschaft, einschliesslich der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), für unrechtmässig erklärt. Ich glaube, wenn das in Guatemala passiert, dann haben wir es mit einer Wahl zu tun, die nicht die Voraussetzungen für Glaubwürdigkeit und Legitimität erfüllt.

Wie würden Sie diesen Wahlprozess charakterisieren, bei dem die stärkste linke Partei Guatemalas Gefahr läuft, nicht teilnehmen zu dürfen?

In erster Linie handelt es sich um eine juristische Lesart, unabhängig von der Bedeutung, die diese Kandidat*innen für die Wahl haben können. Es ist grundsätzlich äusserst bedenklich, dass auch nur ein oder zwei Personen, die alle Voraussetzungen und das Recht haben, an der Wahl teilzunehmen und sich um das Amt der Präsidentin und des Vizepräsidenten zu bewerben, von der Wahl ausgeschlossen werden und damit, dass der Teil der Bevölkerung, der mit dieser politischen Partei sympathisiert, von der Wahl ausgeschlossen wird.

Die politische wie auch die juristische Lesart ist, dass Thelma bei den letzten Wahlen auf nationaler Ebene den vierten Platz belegte und die Erwartung besteht, dass sie jetzt eine gute Wahlchance hat. Ich glaube, dass das Gericht den Ausschluss zu einem grossen Teil damit begründet, dass sie ein hohes Wahlergebnis erzielen und im Falle ihrer Wahl die Interessen der Wirtschaft und des Korruptionspakts gefährden könnte. Dies zeigt nicht nur die Ernsthaftigkeit, sondern auch die Raffinesse, mit der sie versuchen, Wahlkonkurrent*innen unter einem rechtlichen Deckmantel auszuschalten.

Wir befinden uns in der Phase der Kandidat*innenregistrierung und es gibt mehrere Herausforderungen dabei. Welches Szenario ergibt sich daraus weniger als fünf Monate vor der ersten Wahlrunde?

Wir werden jeden Fall einzeln prüfen müssen. Wenn es jedoch Kandidat*innen gibt, die mit dem Drogenhandel, dem organisierten Verbrechen oder mit Personen, die mit Korruption in Verbindung stehen, in Verbindung stehen, muss das Gesetz auf sie angewendet werden.

Aber im Fall von Thelma und Jordán sehe ich keinen grundsätzlichen Hinderungsgrund, der es wirklich rechtfertigt, sie in diesem speziellen Fall zu disqualifizieren und sie an der Eintragung zu hindern. Das Gegenteil ist der Fall. Das TSE hat sehr zweifelhafte Personen registriert, will aber Personen nicht registrieren, die glaubwürdig sind. Bei Thelma können wir zudem eine rassistische und diskriminierende Komponente aufgrund ihres Status als Frau und als indigene Person nicht ausschließen.

Es gibt auch viele fragwürdige Kandidaturen von Abgeordneten und Bürgermeister*innen, denen Korruption oder Verbindungen zum Drogenhandel vorgeworfen werden und die bereits registriert sind. Was zeigt das?

Es wird deutlich, dass das Wahlgericht, eine ebenso wichtige Behörde wie die für die Eintragung oder die Aberkennung von Rechten, seine Aufgabe nicht im Einklang mit dem Wahlrecht erfüllt. Da bieten sich skurrile Interpretationen an: In einigen Fällen ist es eindeutig rechtswidrig, weil sie am Ende fragwürdige Personen registrieren. Mit anderen Worten, es handelt sich voreingenommen und willkürlich und nicht im Einklang mit dem Gesetz. Dies bedeutet, dass die Wahlen unter den denkbar schlechtesten Bedingungen beginnen. Daher sollten die internationale Gemeinschaft im Allgemeinen sowie die Missionen der Wahlbeobachtung meiner Meinung nach bereits vor Ort sein, um die Ereignisse zu beobachten, zu dokumentieren und eng zu begleiten. (...)

Was bedeutet es, in einem hybriden Regime zu leben?

Guatemala ist bereits unter den denkbar schlechtesten Bedingungen in diese erste Phase des Wahlprozesses eingetreten: mit einem sehr fragilen Rechtsstaat, mit erheblichen Verstößen gegen die Menschenrechte und vor allem gegen die Meinungsfreiheit, mit kooptierten Institutionen, die, anstatt Korruption und Straflosigkeit zu bekämpfen, diejenigen verfolgen, die einst gegen dieses Phänomen kämpften. Das alles hat zu einer deutlichen Verschlechterung der Demokratie geführt. Seit mehreren Jahren ist das Land nach allen Indizes, insbesondere nach dem jüngsten Index der Economist Intelligence Unit, der diese Woche veröffentlicht wurde, keine Demokratie mehr.

Guatemala gilt als hybrides Regime, d. h. es hat die Qualität der Demokratie verloren und obwohl es noch kein vollständig autoritäres Regime wie Nicaragua, Venezuela, Kuba oder Haiti ist, befindet es sich eindeutig auf diesem Weg. Nicht nur die derzeitige Situation ist besorgniserregend, sondern auch der Trend, dem das Land folgt. Hinzu kommt der Korruptionswahrnehmungswert des Transparency International Index, bei dem Guatemala nur 24 Punkte erreicht. Der lateinamerikanische Durchschnitt liegt bei 43. (...) (Prensa Comunitaria)

Was internationale Medien sagen

"Guatemala legt sein Veto gegen die indigene Kandidatin ein und unterstützt die Tochter eines Diktators": So titelt die spanische Zeitung El Mundo, als es um die Ablehnung der Registrierung des von der MLP vorgeschlagenen Präsidentschaftskandidat*innen geht. In dem Text verweisen sie auf die Unterstützung der beiden durch die indigene und bäuerliche Bevölkerung, die vor den TSE-Einrichtungen gegen diese Entscheidung demonstriert hat.

Das ecuadorianische digitale Gemeinschaftsmedium Riksinakuy befasste sich ebenfalls mit dem Thema und brachte die Stellungnahme von Sandra Xinico, einer Menschenrechtsverteidigerin der Kaqchikel in Guatemala. "Es geht nicht darum, um der Teilnahme willen mitzumachen und die Menschen auszutauschen. Als ob es um irgendetwas ginge, wie es schlechte Parteien zu tun pflegen, sondern es geht darum, den Willen der in der MLP organisierten Menschen zu respektieren, die nicht gegen die Wahlgesetze verstossen haben. Letzten Endes überwiegt die Angst, die Angst vor der Müdigkeit der Menschen, die es leid sind, von Dieb*innen, Lügner*innen und Parasiten regiert zu werden", so Xinico.

Die spanische Tageszeitung El País titelte, dass es zu Beginn des Wahlprozesses in Guatemala einen institutionellen Verfall und Korruption gebe. Sie verweist auf die mangelnde Unabhängigkeit der Wahlbehörden aufgrund der Ablehnung rechtsgerichteter Kandidaten, die sich an diesen Wahlen beteiligen wollten [*Es gibt auch ein paar rechtsgerichtete Politiker, die ausgeschlossen wurden, etwa Robert Arzú, siehe unten; allerdings geht es hier um den Ausschluss linksgerichteter Kandidat*innen, die am Status Quo etwas ändern wollen, wundert sich d.Red.*]. "Der Wahlprozess wird in einem Kontext der Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit stattfinden. Die internationale Kontrolle ist der Schlüssel zum Schutz des Rechts der Guatemalte*innen, an fairen und freien Wahlen teilzunehmen", sagte Juan Pappier, stellvertretender Amerika-Direktor von Human Rights Watch, in dem Interview mit El País.

In Mittelamerika suchten die Medien nach Reaktionen der nicht registrierten Kandidat*innen: In einem Interview mit dem nicaraguanischen Medienunternehmen Divergentes sagte Jordán Rodas, dass eine Nicht-Zulassung der MLP-Kandidat*innen das Fass zum Überlaufen bringen würde. Vorerst verlasse er sich auf das Oberste Gericht und das Verfassungsgericht. Er fügte hinzu, dass seine Teilnahme und die von Cabrera eine stärkere Beteiligung der indigenen Bevölkerung an einem Wahlprozess darstellten, da dieser Sektor in dem Land jahrelang vernachlässigt worden sei und dessen

Forderungen und Bedürfnisse nicht gehört worden seien. "Es ist eine Schande, dass wir zum Beispiel nach all den Fortschritten, die wir in Guatemala bei einem so wichtigen Recht wie der unabhängigen Justiz gemacht haben, nun einen Rückschlag wie den jetzigen erleben", fügte Rodas hinzu. (Prensa Comunitaria)

02.02.2023: TSE lehnt den Einspruch der MLP ab

Guatemala, 2. Februar - Inmitten eines Tages der Proteste erklärte das Plenum der Richter*innen des Obersten Wahlgerichts (TSE) am Donnerstag, den 2. Februar, dass eine Nichtigkeitsklage von Vertreter*innen der Volksbefreiungsbewegung (MLP) gegen die Ablehnung der Registrierung ihrer Präsidentschaftskandidat*innen, die an den allgemeinen Wahlen am 25. Juni 2023 teilnehmen wollen, nicht angenommen wurde. Mit dem Beschluss bleiben Thelma Cabrera und Jordán Rodas Andrade aus dem Wahlkampf ausgeschlossen. (...)

"Ohne Drohungen wäre es schöner".

Am Donnerstag, dem 2. Februar, fand die erste Sitzung der Richter*innen des TSE seit der Einberufung der Wahlen mit den Staatsanwält*innen der politischen Parteien statt, jedoch im Gegensatz zu früheren Verfahren hinter verschlossenen Türen und ohne Zugang der Medien. Jedes Mal, wenn jemand den Raum verliess, in dem die Sitzung stattfand, war das Geräusch der Gespräche in der Sitzung zu hören.

Einer der Momente war, als der Anwalt der MLP-Partei, Rocaël Vay, das Wort ergriff, um den Rücktritt des Direktors des Bürgerregisters, Ramiro Muñoz, zu fordern, weil er sich geweigert hatte, die von Thelma Cabrera und Jordán Rodas gebildete Kandidat*innenriege zu registrieren. Er machte ihn dafür verantwortlich, was womöglich bei den Mobilisierungen der MLP-Anhänger*innen, zu denen aufgerufen wird, geschehen könnte.

"Wir machen ihn verantwortlich für das, was im Lande geschehen kann, denn die Bevölkerung ruft zu Demonstrationen im ganzen Land auf. Denken Sie daran, dass Sie von Transparenz sprechen und diese nicht zeigen", sagte Vay, der von der Richterin Blanca Alfaro unterbrochen wurde, die ihn daran erinnerte, dass ein Berufungsverfahren anhängig sei.

"Sie sind hier, um nur für einen Vorschlag Ihrer Organisation zu demonstrieren (...) bitte, ohne Drohungen ist es schöner, denn es geht darum, die Inhaber*innen unserer höchsten Ämter zu wählen", sagte Alfaro. (Prensa Libre)

MLP geht den rechtsstaatlichen Weg und droht massive Proteste an

Guatemala, 2. Februar - Anhänger*innen der Partei Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP) protestieren vor dem Obersten Wahlgerichtshof (TSE), nachdem die Registrierung ihrer Präsidentschaftskandidat*innen Thelma Cabrera und Jordán Rodas abgelehnt wurde. Die mit der MLP Verbündeten versammelten sich am Donnerstag, dem 2. Februar 2023, vor dem Gericht und warnten, dass sie gegen die Entscheidung der TSE, die beiden Kandidat*innen nicht einzutragen, protestieren oder wichtige Punkte auf nationaler Ebene blockieren würden, falls die TSE ihre Entscheidung nicht "begründen" würde. Ein Teil der Forderungen besteht darin, dass ihnen gestattet wird, das Verfahren zur Prüfung der Frage der Registrierung fortzusetzen, sodass dies korrigiert werden kann und ihre Vertreter*innen an den allgemeinen Wahlen 2023 teilnehmen können.

Leonardo Coy, der der Partei in Baja Verapaz angehört, erklärte gegenüber Prensa Libre und Guatevisión, dass seine Partei versuche, einen eventuellen Fehler bei der Registrierung oder bei der Zustellung der Dokumente zu korrigieren.

"Wir müssen, wie im Gesetz vorgesehen, eine gewisse Zeit abwarten, um herauszufinden, ob die Gründe für die Nicht-Registrierung begründet sind. Aber wenn sie keine Grundlage haben, wollen sie uns nur täuschen und das werden wir nicht zulassen. Wir werden dann das Land besetzen müssen", sagte Coy. "Wir werden die wichtigen Punkte im Lande besetzen. Wenn sie uns jetzt erklären, dass es einen Fehler in den Dokumenten gibt, verstehen wir das, das kann durch das Gesetz behoben werden", sagte er.

Nach dem Zeitplan könnte die Antwort an die Partei zwischen drei und acht Tagen dauern, während derer die Anhänger*innen der politischen Gruppierung ihre Aktionen analysieren würden. Coy sagte in Bezug auf die Parteigremien "Wir sprechen verschiedene Sprachen, aber wir sind vereint." Zudem hätten sie im Vergleich zu früheren Wahlen "mehr Mitglieder". (Prensa Libre)

Kommentar von Adrian Zapata in La Hora

Sie wollte keine Risiken eingehen: diese "perverse Konvergenz" der Macht. Diejenigen, die explizit oder implizit daran teilhaben, hielten es für unnötig, sich der Möglichkeit eines Wahlsiegs einer politischen Option auszusetzen, die ihr System in Frage stellt. Die Zusammensetzung dieser Konvergenz und das System, das sie verteidigt, sollten hier spezifiziert werden.

Es gibt drei wesentliche Akteure. Erstens die politisch-kriminellen Netzwerke, die sich aus den Akteuren zusammensetzen, die sich von den traditionellen Hegemonialmächten abgespalten haben, weil sie selbst das entsprechende Kapital angehäuften haben. In der Vergangenheit klopfen sie bescheiden an die Türen der grossen Geschäftsleute, um sich finanzieren zu lassen und dann natürlich auch die entsprechenden Rechnungen zu bezahlen. Ein grosser Teil des Justizwesens blieb von dieser Unterwerfung nicht verschont. Infolgedessen wurden Gesetze, deren Durchsetzung und gerichtliche Entscheidungen an diesen Interessen ausgerichtet sind, verhindert. Die massgeblichen Akteure in diesen politisch-kri-

minellen Netzwerken sind das, was ein guter Freund von mir als "Kleptokraten" bezeichnet, denn ihre Anhäufung von Reichtum ist nicht das Ergebnis von Gewinn im Wettbewerb, den die Teilnahme am "freien Markt" impliziert, sondern von betrügerischen Geschäften mit dem Staat.

Unmittelbar neben diesen politisch-kriminellen Netzwerken stehen an zweiter Stelle die "echten Geschäftsleute", die früher die Politiker*innen finanzierten. Einige von ihnen wurden vor einigen Jahren strafrechtlich verfolgt, weil sie korrupte Politiker*innen finanzierten, die dann aufgrund dieser Unterstützung Wahlen gewannen. Ich spreche von denen, die Jimmy Morales zum Präsidenten gemacht haben. Es liegt im Interesse dieser "echten Geschäftsleute", dass der Status quo erhalten bleibt, dass die öffentliche Politik neoliberal bleibt und dass die Ungleichheit fortbesteht. Für sie ist es wichtig, dass es keine "populistischen" Politiker*innen gibt, die es wagen, den sakrosankten Markt einzuschränken und "überzogene" Erwartungen in den Volksektoren zu wecken. Sie wollen, dass die Ausgrenzung unverändert besteht, dass das extraktivistische Modell funktioniert und dass der Staat nicht eingreift, um die weitere Reproduktion ihres Kapitals nicht zu beschränken.

Und drittens ist da der Drogenhandel, dessen Interessen stark profitiert, wenn die staatlichen Institutionen so weit geschwächt sind, dass er sie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln manipulieren kann.

Diese "perverse Konvergenz" hat mit absoluter Kohärenz auf die Herausforderung reagiert, die ein möglicher Sieg der von der MLP vertretenen politischen Option darstellt. Das gilt insbesondere, da sie nun mit einer Person an den Wahlen teilnehmen würde, die, da sie nicht indigen ist, die Bevölkerung und die Mittelschicht, die Mestiz*innen, ansprechen könnte, die von der vorherrschenden groben und eklatanten Korruption genervt sind. Und ich behaupte, dass sie kohärent sind, denn wenn es ihnen gelungen ist, die staatlichen Institutionen so weit zu vereinnahmen, wie sie jetzt sind, warum sollten sie dann unnötige Risiken eingehen? Ausserdem haben sie eine Mischung aus Abscheu und Verachtung gegenüber der Möglichkeit, dass indigene Völker politische Macht erlangen. Ihr Rassismus ist ein Produkt dieses Terrors und wird dadurch genährt, dass sie gesehen haben, dass in Lateinamerika linke politische Optionen an Stärke gewonnen haben und dass die indigenen Völker ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt haben, gegen den Status quo zu rebellieren. Wer gehofft hatte, dass das Verfassungsgericht dieses Verhalten der "perversen Konvergenz" korrigieren könnte, wird in den kommenden Tagen leider enttäuscht werden.

Ohne die Beteiligung der MLP wird der politische Pluralismus erheblich geschwächt. Erinnern wir uns daran, dass der Krieg in Guatemala als eine seiner Hauptursachen die politische Ausgrenzung hatte, die den Antikommunismus förderte. Die Räume für Partizipation waren in einem solchen Ausmass geschlossen, dass Gewalt die einzige Möglichkeit war, auf diese Ausgrenzung zu reagieren. Ich behaupte nicht, dass die Bedingungen für einen weiteren bewaffneten Konflikt wie den, den wir gerade erleben, jetzt reif sind, aber ein sozialer Umbruch ist eine reale Möglichkeit. Mit anderen Worten: Die Handlungen, die sich aus der Angst vor der perversen Konvergenz ergeben, verstärken letztendlich die Richtigkeit dessen, was sie so sehr fürchten. (La Hora)

Kommentar von Víctor Ferrigno F. in La Hora

Zwischen dem Baskenland auf der iberischen Halbinsel und Quezaltenango besteht eine grosse geografische, soziale und kulturelle Distanz, aber der ehemalige Ombudsmann für Menschenrechte (PDH), Jordán Rodas Andrade, musste dorthin ins Exil gehen, weil der Pakt der Korrupten ihn politisch verfolgte, um ihn daran zu hindern, für die Volksbefreiungsbewegung (MLP) als Vizepräsident zu kandidieren. Das Oberste Wahlgericht (TSE) hat sich geweigert, ihn zu registrieren, ohne abzuwarten, ob die zuständige Behörde über die Gültigkeit seines Rücktritts entscheidet. Der Pakt der Korrupten ist besorgt darüber, dass Thelma Cabrera laut der Cid-Gallup-Umfrage vom Januar dieses Jahres gleichauf mit Edmond Mulet auf dem vierten Platz liegt.

Einmal mehr geht es darum, die Wahlpolitik zu legalisieren, um die Kandidatinnen der Regierungspartei, Zury Ríos und Sandra Torres, auf Biegen und Brechen durchzusetzen. Es geht um die Regierung, aber nicht um die Macht; das Ziel besteht also darin, eine falsche Demokratie zu errichten, die auf einem Betrug am Gesetz beruht.

Eine der schlimmsten Hinterlassenschaften des bewaffneten Konflikts war die Gegenkultur der Konfrontation und Gewalt. Die Logik des Krieges - die Idee der Unterwerfung des Gegners - ist Teil unseres täglichen Lebens geworden; Dialog, Konsultation und Abstimmung werden nur selten zur Lösung unserer Streitigkeiten eingesetzt, die durch Straflosigkeit, Armut, Korruption und fehlende Perspektiven noch verschärft werden.

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens mit all seiner Bedeutung bedeutete zwar einen glücklichen Waffenstillstand, löste aber nicht die über Jahrzehnte angehäuften sozialen Missstände; dazu ist es notwendig, alle in den Friedensverträgen enthaltenen Verpflichtungen zu vernünftigen Bedingungen und Modalitäten zu erfüllen, um neue soziale Ausbrüche zu vermeiden. Politiker*innen und Bedienstete neigen im Allgemeinen dazu, auf Machtverhältnisse und nicht auf Grundsatzfragen zu reagieren. Die Forderungen der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen werden im Verhältnis zu ihrer Stärke - wirtschaftlich, sozial oder militärisch - und nicht entsprechend ihrer Gerechtigkeit erfüllt; diese schädliche Praxis erzeugt bei den Bürger*innen den Eindruck, dass ihre Forderungen nur dann erfüllt werden, wenn sie von praktischen Aktionen auf der Strasse begleitet werden.

Die Demokratie beschränkt sich nicht auf den Wahlprozess; sie muss das Leben der Bürger*innen sowie Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit, Frieden und ganzheitliche Entwicklung garantieren. Das ist es, was unsere Magna Carta postuliert. Wir sollten uns auf dieses Ziel zubewegen, aber wir bewegen uns in die entgegengesetzte Richtung.

Seit Jahrzehnten behaupte ich in meinen Schriften, dass es in Guatemala zwar die Freiheit zu wählen gibt, aber nicht die Freiheit zu wählen. Mit anderen Worten: Die Wahlmöglichkeiten sind dürftig, wenig überzeugend und inhaltslos. Aber bei diesen Wahlen hat die Verrechtlichung der Politik die Schwäche unserer Wahldemokratie noch verstärkt und die Unsicherheit erhöht, da die vier Spitzenkandidat*innen rechtliche Probleme haben und ihre Kandidatur fraglich ist.

Roberto Arzú (Kandidat von PODEMOS, Sohn des ex-Präsidenten Arzú), der laut der genannten Umfrage an erster Stelle liegt, wurde vom TSE wegen angeblicher Vorab-Wahlpropaganda die Zulassung verweigert, nachdem er einen grossen Betrug im Nationalen Elektrizitätsinstitut anprangerte, mit dem Ziel, illegal Gelder zur Finanzierung der Kampagnen der Regierungspartei zu verwenden.

Zury Ríos Sosa ist es laut Verfassung (Artikel 186) untersagt, als Tochter eines Putschisten zu kandidieren. Sie wandte sich jedoch an die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) und erreichte eine gütliche Einigung mit dem Staat Guatemala, die am 28. Dezember 2021 unterzeichnet wurde, um kandidieren zu können, da nach Ansicht der IACHR der genannte Artikel unserer Magna Carta gegen die von Guatemala ratifizierte Amerikanische Menschenrechtskonvention sowie gegen andere internationale Verträge verstösst. Eine Klage gegen die Registrierung von Ríos wird zwar nicht lange auf sich warten lassen, aber der guatemaltekeische Staat wird sie aufgrund des Grundsatzes "pacta sunt servanda" registrieren müssen, wonach die Staaten die in Verträgen eingegangenen Verpflichtungen nach Treu und Glauben erfüllen müssen.

In der Zwischenzeit wurde die Kandidatur von Romeo Estuardo Guerra Lemus (UNE) für das Amt des Vizepräsidenten rechtlich angefochten, da er als Geistlicher der Zionskirche tätig war und damit gegen das verfassungsrechtliche Verbot versties.

Es gibt viele Beispiele, die den Wahlkampf verzerren und so tun, als ob nicht die Wähler*innen, sondern die Gerichte über die Kandidaturen entscheiden. Natürlich plädiere ich nicht für Straffreiheit; ich behaupte lediglich, dass der Wahlprozess verzerrt wird. Merkwürdig ist, dass die Kräfte, die am meisten wegen Korruption und Straffreiheit in Frage gestellt werden, auch diejenigen sind, die die Justiz missbrauchen.

Das erste Ergebnis ist, dass sich die politische und rechtliche Unsicherheit des Wahlprozesses verschärft hat und die Glaubwürdigkeit der Institutionen weiter untergraben wurde. Jedes Kindergartenkind kann erkennen, dass die Wahlpolitik verrechtlicht wird, um das souveräne Volk daran zu hindern zu entscheiden, wer das Land regieren soll. Das kommt einer Aushebelung der repräsentativen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit gleich.

Es ist klar, dass hinter diesen Aktionen ein politisches Komplott steht, das nur von einem Pakt der Korrupten herrühren kann, die befürchten, das Regime der Straffreiheit zu verlieren. Die Absprachen zwischen käuflichen Geschäftsleuten, korrupten Politiker*innen und völkermordenden Militärs, die weiterhin straffrei bleiben, führen das Land auf eine Klippe zu, von der es kein Zurück mehr gibt. Es liegt auf der Hand, dass wir eine tief greifende Umgestaltung des politischen Wahlsystems brauchen, um zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung mit ursprünglicher Macht zu gelangen, die ein neues Staats- und Demokratiemodell ohne Ausschlüsse, ohne Straflosigkeit, ohne Ungerechtigkeit und ohne Korruption definiert. Vielleicht hat Sir Winston Churchill gerade wegen dieser Komplexität ironisch behauptet, dass "die Demokratie das schlechteste aller politischen Systeme ist, mit Ausnahme aller anderen politischen Systeme". *[Dieser Kommentar ist Ronaldo Robles, Journalist und "unverbesserlicher Demokrat", zum Gedenken gewidmet. Dieser, ehemals Sprecher von Präsident Álvaro Colom, ist am 4. Februar am Strand von Monterrico ertrunken. Er berichtete zuvor von Bedrohungen und Verleumdungen aufgrund seiner politischen Kommentare in sozialen Netzwerken, d.Red.]* (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

12.

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6